

Überfällige Initiative

Politik ist selten initiativ, sondern meistens nur reaktiv. Prävention ist teuer und schwer messbar, deshalb gibt es immer wieder Sonderprogramme, die das sprichwörtliche Kind aus dem Brunnen holen und wiederbeleben sollen, wenn es dort hineingefallen ist. Wenn Jugendliche aus der Bahn geraten und meist rechts an die Bande knallen, öffnet sich plötzlich der doppelte Boden der Staatskasse und es fließen Millionen, natürlich um die Symptome zu bekämpfen, vielmehr aber, um die Bevölkerung zu beruhigen.



1992 trieben es die Kids in Berlin so arg, dass sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU, **Klaus Landowsky**, und SPD, **Ditmar Staffelt**, zusammensetzen und ein 300-Millionen-DM-Programm gegen Jugendgewalt auf den Weg brachten. Damals gab es, wie heute, eine Schwarz-Rote Koalition und der

Regierende Bürgermeister hieß **Eberhard Diepgen**. Anders als heute erzielte die CDU bei den Wahlen 1990 40,4 und die SPD 30,4 Prozent. Beide hatten damit eine satte Zweidrittelmehrheit und konnten alles beschließen, was sie wollten.

Und so beschlossen sie zu Weihnachten 1992 ein Paket mit der Aufschrift „Jugend mit Zukunft – Sonderprogramm gegen Gewalt.“ Nachhaltigkeit war den Politikern ziemlich egal, denn das Programm war lediglich auf drei Jahre angelegt. Übriggeblieben ist die im Rahmen des Programms gegründete **Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin**, die heute noch aktiv ist. Aus dem Topf wurden alle möglichen Projekte gefördert. Sieben Millionen flossen in die Wochenendöffnungszeit von Jugendfreizeiteinrichtungen. **What!!!** Glauben Sie bitte nicht, dass es Standard war, die Kinder- und Jugendhäuser auch dann geöffnet zu halten, wenn die Zielgruppe die meiste Freizeit hatte. Natürlich gab es Einrichtungen, wie das Jugendfreizeitheim Mariendorf, die am Wochenende geöffnet hatten und sich mit dem Personalrat herumschlagen mussten, wie die Dienstzeit abgerechnet wird. In Mariendorf klopfte man sich vor

Freude auf die Schenkel und weitete mit der unerwarteten Staatsknete das Wochenendangebot aus. Am Wochenende standen nun mehr Mittel zur Verfügung als für die Wochentage Montag bis Freitag.

Und jetzt eine kleine Denksportaufgabe!

Was haben diese beiden Meldungen von heute früh im **InfoRadio** miteinander zu tun?

Meldung 1: Nach Razzien gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer einer rechtsextremistischen Terrorgruppe sitzen drei der fünf Festgenommenen in Untersuchungshaft. Die beiden anderen sollen heute dem Haftrichter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe vorgeführt werden. Laut Polizei gab es Razzien in fünf Bundesländern, unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern. Die Beschuldigten sind zwischen 14 und 18 Jahre alt. Ihnen wird vorgeworfen, Anschläge auf Migranten und politische Gegner geplant oder bereits verübt zu haben. Andere Mitglieder der Gruppe sitzen schon länger in Untersuchungshaft. 22.05.2025 04:35 Uhr NDR

Meldung 2: Bundesbildungsministerin Prien fordert, dass Schülerinnen und Schüler in Deutschland verpflichtend eine KZ-Gedenkstätte besuchen. Die CDU-Politikerin sagte den Funke-Zeitungen, Erinnerungsorte und die Beschäftigung mit Einzelschicksalen vermittelten Empathie. Allerdings müssten die Besuche auch von gutem Unterricht begleitet werden. Der Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers allein mache noch keine Antifaschisten und keine Demokraten. 22.05.2025 04:35 Uhr NDR

Dazu fällt einem doch nichts mehr ein. Seit 45 Jahren bietet der Paper Press e.V. Gedenkstättenfahrten an und hat immer wieder ohne Erfolg genau das gefordert, was die neue Bildungsministerin **Karin Prien** nun auf den Weg bringen will, was ihr in ihrer vorherigen Position als Bildungsministerin von Schleswig-Holstein aber offenbar nicht gelang.

„Bayern setzt ein starkes Zeichen für die Erinnerungskultur: Ab dem kommenden Schuljahr sollen Lernende aller weiterführenden Schulen mindestens einmal in ihrem Schulleben eine KZ-Gedenkstätte besuchen. Kultusministerin **Anna Stolz** betont die Bedeutung der Erinnerungsarbeit im Kampf gegen Antisemitismus.“ Quelle: News4Teachers Bildungsmagazin

Mit der Frage: „Wie gerät die NS-Zeit für Schüler nicht in Vergessenheit?“ beschäftigte sich der **NDR** in einem Beitrag vom 28. Januar 2025. „Am 27. Januar erinnert die Welt jährlich an die Holocaust-Opfer: Vor 80 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreit. Doch reicht das Geden-

ken an die NS-Zeit in Schulen? Schüler in Schleswig-Holstein sagen: Nein. Passend zum Holocaust-Gedenktage hat die **Jewish Claims Conference**, ein Zusammenschluss jüdischer Organisationen, eine Studie zum Gedenken an das nationalsozialistische dritte Reich veröffentlicht. Und dabei kommt raus: Jeder zehnte junge Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren in Deutschland kann nicht sagen, was die Begriffe Holocaust und Schoah bedeuten. Rund 40 Prozent der Befragten wissen außerdem nicht, dass schätzungsweise sechs Millionen Juden im Rahmen des Holocaust ermordet wurden. Liegt es an fehlender Bildungsarbeit in den Schulen?"

Geht es nach der **Landesschülervertretung** der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein, dann fehlt zunehmend die Praxis. Sie fordert deshalb in einer Pressemitteilung, dass „jede Schülerin und jeder Schüler in Schleswig-Holstein während seiner Schulzeit wenigstens einmal ein Konzentrationslager besucht haben muss.“ So eine Pflicht gibt es bislang nur in Bayern und im Saarland, Hamburg denkt aktuell darüber nach. Der Sprecher der Landesschülervertretung, **Elias Görth**, wünscht sich so eine Pflicht auch für Schleswig-Holstein, denn seiner Meinung nach kann kein theoretischer Unterricht einen Besuch in einer Gedenkstätte ersetzen."

„Reisen in Konzentrationslager gibt es für viele Schülerinnen und Schüler leider nicht mehr. Das folgt so ein bisschen dem Trend, den wir auch wahrnehmen in der Gesellschaft, dass die Erinnerungskultur vielfach in Vergessenheit gerät. Und das, glaube ich, ist etwas, was wir uns momentan nicht leisten können.“ sagt **Elias Görth**, Landesschülersprecher der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung in Schleswig-Holstein, **Christian Meyer-Heidemann** spricht sich aber gegen eine Pflicht für KZ-Besuche aus, weil die Gedenkstätten zunächst mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden müssten: „Sie sind nach wie vor prekär aufgestellt, die könnten das personell gar nicht leisten, wenn jetzt eine Pflicht käme“, betont Meyer-Heidemann. Auch Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) setzt auf Freiwilligkeit: „Unser Ziel ist es, dass jeder junge Mensch in Schleswig-Holstein in seiner Schulzeit eine Gedenkstätte besucht. Das soll aber nicht nur als isolierte Pflichtveranstaltung geschehen, sondern mit entsprechender Vor- und Nachbereitung eingebettet in den Unterricht erfolgen.“ Schön, dass die neue Bundes-Bildungsministerin in wenigen Tagen schon dazu gelernt hat. Man kann sie nur ermuntern, den

Weg weiterzugehen, entgegen dem, was **Marlies Fritzen**, Vorsitzende der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten meint: „Wer glaubt, dass ein Pflichtbesuch gegen rechtsradikale Tendenzen oder Überzeugungen immunisiert, der irrt, glaube ich. Wir sind dafür, dass diese Besuche freiwillig stattfinden - und zwar im Rahmen eines geordneten Unterrichts in der Schule. Wir glauben, dass wir damit das Ziel, Menschen für diese schwierige Frage zu sensibilisieren, viel eher erreichen können.“

Wir glauben, dass Frau Fritzen falsch glaubt. Freiwilligkeit nutzt in der jetzigen Situation nichts mehr. Den Schülerinnen und Schülern muss schon ab der Grundschule vermittelt werden, welche Folgen Hass auf Andersdenkende oder Andersglaubende auslöst. Die deutsche Geschichte steht exemplarisch dafür. Wie kommen 14- bis 18-jährige Jugendliche darauf, ihren Staat destabilisieren und vernichten zu wollen, indem sie Flüchtlingsunterkünfte anzünden. Was haben die Eltern dieser Jugendlichen ihnen beigebracht? Was läuft bei ihnen zu Hause ab?

Auch die **Bundesschülerkonferenz** plädiert dafür, den Besuch einer KZ-Gedenkstätte während der Schullaufbahn verpflichtend zu machen. „In einem Beschluss der Konferenz heißt es, die Aufklärung über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus müsse frühzeitig beginnen und das Wissen darüber in allen Schulformen vermittelt werden. Dazu könne ein Pflichtbesuch in ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialisten beitragen. In der Erklärung verweist die Bundesschülerkonferenz auf die Zunahme rechtsextremistisch motivierter Straftaten in Deutschland. Es sei wichtig, Schüler nicht nur über Rassismus zu informieren. Sie müssten auch befähigt werden, aktiv dagegen vorzugehen.“ Quelle: Deutschlandfunk 03.05.2024

Unbestritten ist die Gefahr, die von außen droht, hoch. Dafür Geld als Abschreckung auszugeben, macht Sinn. Zwar greift Putin Deutschland nicht mit der herkömmlichen Kriegsführung an, sondern mit subtileren Mitteln, die auf unsere kritische Infrastruktur zielen. Ebenso groß, aber längst nicht so gut finanziert, ist die Gefahr, die von Innen ausgeht. Gedenkstättenbesuche sind sicherlich kein Allheilmittel, wären aber ein ganz wichtiger Baustein in der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Für ein weiteres Millionenprogramm würde die neue Bundesregierung die Grünen und Linken an ihrer Seite haben. **Agieren, statt reagieren, bevor es zu spät ist!**

Ed Koch